

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 5

Artikel: Zur Initiative für eine Schweiz ohne Armee : was haben wir zu verteidigen?
Autor: Uchtenhagen, Lilian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340735>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was haben wir zu verteidigen?

Lilian Uchtenhagen vor der Berner Offiziersgesellschaft

Ich weiss nicht genau, was Sie von mir erwarten. Und es kann sehr wohl sein, dass ich Sie mit meinen Antworten enttäusche, wenn ich ganz persönliche Gedanken entwickle, ohne Rücksicht darauf, wie gut oder wie schlecht Sie mir dabei folgen wollen und können.

Ich stamme zwar aus einer Offiziersfamilie, mein Schwiegervater war Berufsoffizier, mein Schwager Major im Generalstab. Trotzdem ich meinen Vater und auch meinen Schwiegervater sehr geliebt habe, muss ich Ihnen sagen, dass mir die Welt des Militärs eher fremd ist, dass ich die ganze Frage Armee, bewaffnete Neutralität bei meiner politischen Tätigkeit bis anhin quasi ausgeklammert habe. Ich überlasse diese Entscheidungen jenen, die sich in diesen Fragen auskennen.

Sie werden nun sofort wissen wollen, wie ich zur GSoA-Initiative stehe. Ich habe bei der Abstimmung in der Geschäftsleitung der SPS Nein gestimmt, mich im Parteivorstand für eine Stimmfreigabe eingesetzt, weil ich realisiert habe, wie engagiert man sich für ein Ja einerseits und ein Nein andererseits einsetzt, und weil ich finde, dass unsere Partei Wichtigeres zu tun hat, als über eine Frage zu streiten, über die es keinen Konsens geben kann. Wie der Parteitag entscheiden wird, ist völlig offen. Unsere Partei hat eine sehr demokratische Organisation und Tradition und eine stark ausgeprägte Kultur der politischen Auseinandersetzung. Diese sind hart und offen, aber letztlich immer geprägt von Toleranz. Ich hoffe, dass sich gerade daraus eine Stimmfreigabe ergeben wird.

Doch kommen wir zum Thema

«Was haben wir zu verteidigen?» Meine spontane Antwort, die sich wohl mit der Ihren deckt, ist, dass wir unsere Heimat zu verteidigen haben.

Nur: Wenn ich sagen muss, was für mich Heimat ist, was Heimat für mich bedeutet, komme ich bereits in Schwierigkeiten.

Der verstorbene Professor Karl Schmid, den ich als junge Frau sehr geschätzt habe, hat in seiner berühmt gewordenen Rede über das schweizerische Selbstverständnis Anfang der 70er Jahre sich die Frage gestellt, was denn so vielen jungen Menschen die Zugehörigkeit zu unserer Nation schwer mache. Die Antworten, die er gab, zeugten von einem bewundernswerten Ringen um Einsicht von seiten eines Mannes, dem unser Land doch wohl echte Heimat war. Ich gehörte zwar altersmässig schon nicht mehr zur jüngeren Generation, aber wenn Professor Schmid davon sprach, dass sich diese eher in der Generation geborgen fühle als in der Nation, eher in der Opposition als im Konsens, so traf dies wenigstens zum Teil auch für mich zu. Es gab für diesen Tatbestand eine ziemlich einfache Erklärung: ich war lange Zeit eine Bürgerin minderen Rechts. Ich habe Jahre gebraucht, um mich für die Rechte der Frau so einzusetzen, wie es offensichtlich am wirkungsvollsten war: charmant, weiblich, mit etwas Witz und Humor. Die innere Distanz, die es dazu brauchte, war nicht leicht zu erreichen, und sie war wohl nur möglich, indem ich auch Distanz bekam zu dem, was andere als Heimat, als Vaterland bezeichnen. Denn als Minorität, als Opposition war und ist man in diesem Land nicht eben sehr beheimatet. Mit den

Worten Professor Schmid: «Wer keine Heimat hat, dem wird man das Vaterland nicht leicht schmackhaft machen können.»

Nun, unterdessen bin ich eine Bürgerin gleichen – über mein parlamentarisches Mandat wohl sogar privilegierten – Rechts geworden.

Aber die Beantwortung der Frage, was denn für mich Heimat sei, ist für mich auch heute noch nicht ganz einfach zu beantworten.

Meinem ursprünglichen Heimatort Olten bin ich aus verschiedenen Gründen etwas entwachsen. Die Grossstadt Zürich, in der ich nun schon mehr als 30 Jahre lebe, habe ich zwar gerne bekommen. Aber Heimat im alten traditionellen Sinn ist sie mir nicht geworden.

Heimat: das sind für mich verschiedene Orte und Landschaften, die mir vertraut sind, wo ich mit Menschen, die ich gern habe, gelebt habe.

Heimat hat offensichtlich etwas mit Beziehung zu tun, Beziehungen zu Menschen insbesondere, aber auch zu Sachen, zu Landschaften, zur näheren Umgebung. Was für mich gilt, dürfte für viele Menschen gelten: Heimat wird nicht automatisch geschenkt, Beziehungen entstehen nicht ohne eigenes Dazutun. Sie wachsen mit unserem Einsatz, mit dem, was wir bereit sind, dafür zu tun: Heimat muss erworben werden. Und es ist wohl mein politischer Einsatz, der mir unser Land doch zur Heimat gemacht hat.

Wenn Heimat erworben werden muss, so heisst das aber auch, dass wir mit unserem Verhalten, mit Lieblosigkeit, Egoismus und Intoleranz andern Menschen Heimat verunmöglichen können.

Kinder und Jugendliche, die heranwachsen, brauchen Fürsorge und Liebe, wenn sie sich daheim fühlen sollen. Auch unsere älteren, schwächeren und kranken Mitmenschen brauchen Zuwendung. Existenzsichernde AHV-Renten, schöne Altersheime, gute Spitäler und anderes mehr sind zwar Voraussetzungen für das Sichwohl- und -daheimfühlen, aber sie allein genügen nicht. Auf Mitmenschlichkeit und Toleranz sind aber auch jene angewiesen, die Mühe haben, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden, sei es, dass sie schwierig oder andersdenkend sind oder dass sie Fremde sind, die in ihrer eigenen Heimat entrechtet und verfolgt werden. Wie rasch sind wir da manchmal, wenn es um Asylsuchende, schwierige Jugendliche, Drogenabhängige oder auch bloss Andersdenkende wie Militärdienstverweigerer geht, mit Patentrezepten zur Hand, die nicht von unserer oft und gern beschworenen humanitären Tradition geprägt sind.

Heimat erwerben, Heimat gewähren durch Einsatz, Mitmenschlichkeit und Toleranz, das dürfte der erste und wichtigste Schritt, ja die Voraussetzung sein für die Gestaltung einer Gemeinschaft, in der Menschen sich daheim fühlen. Und zwar im Kleinen, in der Familie, im Berufsleben, in der Nachbarschaft, wie im Grossen, auf der Ebene der öffentlichen Gemeinwesen. Denn was für das alltägliche private Leben gilt, gilt auch für die grössere menschliche Gemeinschaft, für die Gemeinde, das Land und den Staat, in dem wir leben. Auch hier muss Heimat doch wohl erworben werden, weil man sich für sie einsetzt, sie in der einen oder anderen Form mitgestaltet.

Ein Land, das verteidigungswürdig und verteidigungsfähig sein will, muss für möglichst viele Menschen Heimat sein. Damit es das sein kann, müssen meines Erachtens gewisse Voraussetzungen erfüllt sein. Die erste und wichtig-

ste Voraussetzung ist für mich Freiheit. Und ich meine damit die individuelle Freiheit jedes Menschen, sein Leben innerhalb der Gemeinschaft nach seinem Gewissen und seinen Vorstellungen zu leben, solange damit nicht die Freiheit der andern tangiert wird.

Nun wird viel von Freiheit gesprochen bei uns. Aber gemeint ist – das hat seine historischen Gründe – in erster Linie die Freiheit des Staates und nicht die Freiheit des Einzelnen. Wir sind zwar ein freiheitliches Land, und der Freiheitsraum ist theoretisch sehr gross. Aber in der Praxis ist er oft eigenartig vorgegeben und scheint für jene reserviert zu sein, die ihn eigentlich nicht brauchen: die Angepassten, die Tüchtigen, welche die Welt der Väter trotz geziemender Kritik bejahen. Das Oppositionelle, das andere, das Fremde irritiert, seien das nun barfusslaufende Langhaarige, unsere Verteidigungskonzeption in Frage stellende «vaterlandslose Gesellen» oder sich anders benehmende Menschen aus andern Ländern.

Aber nicht nur der Raum der Freiheit scheint vorgegeben. Es herrschen da auch ganz bestimmte Regeln. So spielt die Selbstzensur eine wichtige Rolle. Da ich schon zu wissen glaube, wie der andere auf eine Bewegung von mir reagiert, richte ich sie schon im Ansatz auf diese Reaktion aus. Die Kompromisse, die so entstehen, sind schon vor dem Prozess der Auseinandersetzung gemacht. Leute, die sich nicht an diese Spielregeln halten, das noch nicht Denkbare denken, sich nicht um die Pragmatik der Tagespolitik kümmern, sind suspekt und müssen gewärtigen, als Spinner oder Revolutionäre diffamiert zu werden. Dass Demokratie auch etwas damit zu tun haben könnte, dass man sich für die Freiheit des andern einsetzt, scheint kaum zum schweizerischen Selbstverständnis zu gehören.

Diese, meines Erachtens fehlende demokratische und politische Kultur grenzt Menschen aus, nimmt ihnen Heimat. Aber diese Ausgrenzung schadet auch der Heimat, denn wir brauchen sie, diese kritisch Fragenden und Hinterfragenden. Sie bewahren uns vor der Erstarrung und damit helfen sie uns, die Probleme der Zukunft anzugehen.

Das bestehende, das demokratisch legitimierte Recht ist zu respektieren. Man kann die demokratischen Spielregeln zum Entscheiden von Konflikten nicht nur akzeptieren, wenn einem das Ergebnis passt. Aber man kann sich der eventuellen Fragwürdigkeit auch demokratisch beschlossener Normen doch so weit bewusst sein, dass man dem Verdacht Raum lässt, dass die Mehrheit nicht unbedingt immer recht hat oder dass sich dies im Lauf der Zeit ändern kann, dass also das bessere Recht auch einmal auf seiten der Minderheit sein könnte. Und ich würde meinen, dass in dieser Unfähigkeit, sich vorzustellen, dass etwas auch anders sein könnte, eine der Hauptursachen dafür ist, dass das Oppositionelle bei uns so wenig Anerkennung und Respekt geniesst und wieso der notwendige Prozess einer offenen Auseinandersetzung um das bessere Recht so schwer ist.

Wir haben Jahrzehnte gebraucht, um die politischen Rechte der Frau zu verwirklichen, die heute ziemlich allgemein als eine Selbstverständlichkeit gelten. Es war nicht der Kampf an sich, der uns fast verzweifeln liess, sondern die pharisäische Selbstsicherheit, der Mangel an Vorstellungskraft, das unendlich gute Gewissen, mit dem an überkommenen Vorstellungen festgehalten wurde, mit dem die Frauenrechtlerinnen als leicht komische und von der Natur etwas zu kurz gekommene Wesen diffamiert wurden.

Freiheit darf auch nicht als bloss formales Recht begriffen werden. Ein rein formales Verständnis der

Freiheitsrechte wirkt vor allem als Besitzstandsgarantie, versagt aber dort, wo die Vorbedingungen zur Wahrnehmung der Freiheitsrechte noch zu schaffen sind. Freiheit muss ein Recht sein, das sowohl der individuellen Entfaltung wie auch einem freiheitlichen Sozialgefüge zur Wirklichkeit verhelfen soll. Und damit bin ich bei der zweiten für mich wichtigen Voraussetzung zur Schaffung von Heimat für möglichst viele Menschen. Es braucht ein Minimum an sozialem Ausgleich und Gerechtigkeit und damit an menschlicher und gesellschaftlicher Solidarität.

Freiheit darf nicht ein leeres Angebot sein, das von vielen Menschen nicht wahrgenommen werden kann. Es sind auch die Bedingungen zu schaffen, damit möglichst viele Menschen von ihren Rechten auf freie Entfaltung und Lebensführung Gebrauch machen können. Nicht von Bildungs- und Ausbildungsrechten Gebrauch machen zu können, Angst zu haben vor Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit verunmöglicht Freiheit. Ohne sozialen Ausgleich und zwischenmenschliche Solidarität ist ein freiheitlicher Staat nicht mehr denkbar.

Die Schaffung der AHV etwa hat Hunderttausenden von Menschen nicht nur Existenzsicherung im Alter gebracht, sondern damit auch Freiheit und Heimat ermöglicht. Während umgekehrt die ungelöste und kaum mehr lösbare Bodenfrage immer mehr Menschen Freiheit und Heimat verwehrt. Denn immer weniger Bürger und Bürgerinnen dieses Landes sind in der Lage, Eigentum an lebensnotwendigem Wohnraum zu erwerben. Wir sind ein Volk von Mietern geworden, und es wird für viele – besonders jüngere – immer schwieriger, ein Heim zu finden mit für sie tragbaren Mieten.

Solidarität darf auch nicht an den Landesgrenzen halt machen. Die Notwendigkeit eines Ausgleichs zwischen dem reichen industriali-

sierten Norden und dem unterentwickelten Süden wird immer dringlicher. Längerfristig ist für mich ein Frieden in Wohlfahrt nur denkbar, wenn es gelingt, Hunger, Not und Elend in den armen Ländern abzubauen. An der hohen Verschuldung vieler Entwicklungsländer ist die Politik der Industrieländer ja nicht ganz unbeteiligt.

Zur Schaffung und Erhaltung von Heimat gehört heute aber noch ein Drittes: die Bewältigung der ökologischen Probleme. Wir müssen lernen, anders zu wirtschaften, mit knappen Ressourcen sorgfältiger umzugehen, müssen die bestehenden gefährlichen Umweltbelastungen abbauen und mit einer konsequenten Durchsetzung des Verursacherprinzips auf marktwirtschaftliche Weise weitere Umweltbelastungen verunmöglichen. Die ökologische Erneuerung unseres Wirtschaftens wird Kosten verursachen. Aber es ist sinnlos, Milliardenbeträge für unsere Verteidigung auszugeben und das, was wir zu verteidigen haben, unser Land im wörtlichen Sinn – Boden, Flora, Fauna, Luft und Wasser – einer weiteren Zerstörung zu überlassen.

Zu den sich mehrenden Krisen im Bereich Umwelt kommen die Gefahren neuer technologischer Entwicklungen. Denn mit den neuen Technologien eröffnen sich zwar neue, fast unvorstellbare Möglichkeiten und Chancen. Sie machen aber auch Entwicklungen möglich, die ebenso unvorstellbare Gefahren und Risiken in sich bergen. Auch hier mehren sich Krisenzeichen und tatsächliche Katastrophen. Sie werden von weiten Bevölkerungskreisen mit wachsender Beunruhigung wahrgenommen und sind wohl eine der Hauptursachen des Vertrauensschwunds zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den etablierten Parteien und Institutionen, nicht zuletzt auch der Armee.

Es wäre wohl wichtig, dass sich

alle Verantwortlichen in diesem Land die zunehmende Gefährdung durch die ungelösten Umweltprobleme und die technologischen Grossrisiken eingestehen. Solche nicht mehr eingrenz- bare Risiken sind neu. Sie stellen uns im Augenblick vor Probleme von grösserer Dringlichkeit, als dies die militärische Verteidigung unseres Landes tut.

Die heute bestehenden Umwelt- und Technologierisiken haben oft eine lange Latenzzeit: Sie lassen sich leugnen, verschleiern, verkleinern. Gerade dadurch werden sie aber noch gefährlicher, und zwar in zweifacher Beziehung. Einerseits werden die Ursachen möglicher Katastrophen nicht angegangen und abgebaut, andererseits wird bei Eintreffen der Katastrophe die Verweigerung der Akzeptanz ruckartig und dramatisch zunehmen und das Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat ebenfalls dramatisch verschlechtern. Denn die Bürger werden den Staat, der dieses Grossrisiko zugelassen hat, dafür verantwortlich machen und ihm in dieser Sache ihren Gehorsam aufkünden. Der Staat muss damit rechnen, dass die Verweigerer der Akzeptanz sich zur Wehr setzen, ohne sich auf ein förmliches Widerstandsrecht berufen zu können.

Für viele mag ich mit meinen Ausführungen über die Voraussetzungen einer verteidigungswürdigen und damit verteidigungsfähigen Heimat etwas weit ausgeholt haben. Und sie fragen sich vielleicht mit Ungeduld, was für eine Rolle denn die Armee in meinen Vorstellungen spiele. Freiheit, soziale Sicherheit, die Bewältigung der ökologischen und technologischen Probleme sind schliesslich mit und ohne Armee denkbar.

Das sind sie in der Tat. Aber sie sind nicht denkbar ohne Frieden. Und unsere Armee, die ja nicht auf Angriff, sondern auf Verteidigung angelegt ist, soll ja nicht zuletzt den Frieden in unserem

Land garantieren. Und in der Vergangenheit hat sie dies wahrscheinlich auch getan. Wie weit sie dies heute noch tut und in Zukunft noch tun wird, kann im gegenwärtigen Zeitpunkt niemand beurteilen. Und deswegen finde ich es nicht – noch nicht – verantwortbar, durch eine Abschaffung unserer Armee im Herzen Europas ein militärisches Vakuum zu schaffen. Falls Friedenssicherung eines Tages auch ohne Armee möglich würde, hätte ich gegen die Abschaffung der Armee keine Einwendungen. Eine Armee ist schliesslich nicht Selbstzweck. Sie mag neben der militärischen Verteidigung zwar durchaus noch andere positive Seiten haben, wie Integration der verschiedenen Bevölkerungsschichten und Sprachregionen, körperliche Erziehung, Pflege von Kameradschaft usw. Persönlich bin ich gegenüber diesen grösstenteils sehr männlichen militärischen Werten allerdings eher skeptisch. Aber diese Ziele liessen sich auf andere Art und Weise ebenfalls oder sogar besser, auf jeden Fall aber kostengünstiger erreichen.

Hauptzweck und Sinn der Armee ist und bleibt die Verteidigung des Landes gegen eine militärische Bedrohung. Die Tatsache, dass die militärische Bedrohung zurzeit nicht die gleiche Rolle spielt wie in der Vergangenheit und dass andererseits neue Bedrohungen ökologischer und grösstechnologischer Art entstanden sind, die nicht mit militärischen Mitteln angegangen werden können, deren Lösungen aber ebenfalls grosse Anstrengungen nötig machen, mag zurzeit den Stellenwert der Armee relativieren. Aber Armeen lassen sich nicht nach Belieben oder Tagesaktualitäten abschaffen und aufbauen. Und solange der Frieden nicht mit andern Mitteln gesichert ist, ist die militärische Verteidigung wohl nötig.

Die entscheidende Frage der Zukunft wird sein, ob Friedenssicherung auch ohne Armee mög-

lich werden wird. Und dazu scheinen mir einige grundsätzliche Bemerkungen angebracht.

Aus der Tatsache, dass die menschliche Geschichte bis heute weitgehend eine Geschichte des Krieges war, kann meines Erachtens nicht abgeleitet werden, dass das auch in alle Zukunft so sein muss. Es gibt Anzeichen, dass zumindest in Europa erstmals eine Friedensordnung denkbar wäre:

- Der Besitz von Territorium hat durch Industrialisierung und technologische Entwicklung an Bedeutung eingebüsst; er ist nicht mehr identisch mit Lebensraum. Das Zeitalter der Kriege, das drei Jahrtausende der europäischen Geschichte geprägt hat, scheint an ein Ende zu kommen.
- Die Ära der politischen Dominanz von Nationalstaaten ist nach vergleichsweise kurzer Zeit durch sich integrierende Staaten abgelöst worden.
- Die kommunistischen Diktaturen, die zweite Form des europäischen Totalitarismus, scheinen sich in einem erstaunlichen Prozess der Selbstüberwindung allmählich aufzulösen.

Keiner dieser Prozesse ist heute für ganz Europa gleich weit vorangetrieben. Keiner dieser Prozesse ist abgeschlossen: sie alle sind heute noch umkehrbar. Aber alle gewinnen fast täglich an Macht, objektiv im Geschehen der Völker, subjektiv im Bewusstsein der Menschen.

Wenn die Politik von Gorbatschow weitergeführt wird und ihre Ziele erreicht, sind wir in Europa zum ersten Mal mit der Tatsache konfrontiert, dass sich die Bedrohungssituation fundamental ändert.

Schon durch die vertrauensbildenden Massnahmen, die im Herbst 1986 in Stockholm erreicht wurden, ist ein Durchbruch gelungen, der im öffentlichen Bewusstsein noch nicht deutlich genug wahrgenommen wird. Das

vereinbarte System einer Land- und Luftüberwachung funktioniert seit dem 1. Januar 1987 ohne jede Beanstandung. Die Nato hat dadurch Einblick in die Tiefe des sowjetischen Raums bis zum Ural erhalten.

Diese vertrauensbildenden Massnahmen erzeugen Stabilität, und diese Stabilität erzeugt Vertrauen. Die gegenseitigen Kontrollen könnten noch qualitativ verbessert werden. Und es wäre durchaus denkbar, dass eines Tages innerhalb von Zentraleuropa ein Korridor geschaffen wird, aus dem alle militärischen Grossgeräte – ohne die ein Angriff nicht möglich ist – entfernt werden. Mit einem derartigen Schritt, wie ihn die Palme-Kommission schon 1982 vorgeschlagen hat, wäre der entscheidende Schritt von der Stabilität zur sogenannten strukturellen Nichtangriffsfähigkeit getan.

Streitkräfte, die auf beiden Seiten nur noch verteidigungsfähig sind, brauchen ebenfalls auf beiden Seiten neue Strategien. Auch für die Schweizer Armee wäre dann wohl eine neue Strategie gefragt: Die sogenannte Gesamtverteidigung müsste wahrscheinlich breiter abgestützt werden, der Bürger als Soldat, der zivile Widerstand eine grössere Rolle spielen.

Tschernobyl hat bewiesen, dass in einer Zeit, in der nicht nur die internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, sondern auch Gefahren und Krisen grenzüberschreitend wirken, Sicherheit nicht länger nur militärisch und vor allen Dingen nicht länger einseitig erlangt werden kann. Eigene Sicherheit muss stets auch die Sicherheitsinteressen der andern berücksichtigen. Sicherheit ist nicht mehr gegen-, sondern nur noch miteinander zu haben. Die Alternativen sind gemeinsames Überleben oder gemeinsamer Untergang.

Der Begriff der «gemeinsamen Sicherheit» gewinnt auch im militärischen Bereich zunehmend an Bedeutung. Erstmals 1982 von

der Palme-Kommission vertreten, später insbesondere von Egon Bahr brillant verfochten – z.B. in seinem kleinen, lesenswerten Buch «Zum europäischen Frieden» –, so scheint neuerdings auch Gorbatschow zur gleichen Erkenntnis zu gelangen. In seinem 1987 publizierten Buch finden sich Sätze wie: «Das grundlegende Prinzip der neuen politischen Perspektiven ist einfach: der nukleare Krieg kann kein Mittel sein, politische, wirtschaftliche, ideologische oder sonstige Ziele durchzusetzen. Diese Schlussfolgerung ist wahrhaft revolutionär: denn sie bedeutet die herkömmliche Vorstellung von Krieg und Frieden über Bord zu werfen...

Sicherheit kann nicht durch militärische Mittel hergestellt werden, weder durch nukleare Waffen und Abschreckung noch durch unablässige Perfektionierung von «Schwert» und «Schild». Versuche, eine militärische Überlegenheit herzustellen, sind absolut unsinnig... Die neue politische Perspektive erfordert die Anerkennung eines weiteren einfachen Grundsatzes. Sicherheit ist unteilbar. Entweder gibt es die gleiche Sicherheit für alle oder überhaupt keine.»

Das sind nicht nur Worte geblieben. Gorbatschow ist offenbar bereit, abzurüsten und damit im Innern des Landes mehr wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zu erhalten. Und die von ihm vorgeschlagene Abrüstung betrifft auch – und das ist das Erstaunliche – den Abbau der konventionellen Waffen, also den Bereich, in dem der Warschauer Pakt nach gängiger Meinung über eine militärische Überlegenheit verfügt.

Das Problem der Sicherheit für Europa, die Verbannung des Krieges als nicht mehr taugliches Instrument der Konfliktlösung, es könnte bis zum Ende unseres Jahrhunderts erreichbar sein. Was bis anhin mit Argumenten der Moral und der Ethik von belächelten Pazifisten und ehren-

werten, aber blauäugigen Menschen, vertreten wurde, kann als Folge des technischen und zivilisatorischen Fortschritts eigentlich schon heute als sachliche, handfeste Notwendigkeit erkannt werden: Moderne Gesellschaften, ob im Osten oder im Westen, sind von einer Verletzlichkeit und Verwundbarkeit, die es früher nicht gab. Die Frage, wer Sieger und wer Besiegter sein könnte, wird offensichtlich immer weniger beantwortbar. Die Wahrscheinlichkeit des gemeinsamen Untergangs ist unendlich viel grösser. Wo es keinen Sieg, sondern nur noch Niederlagen gibt, hat der Krieg aber jeden Sinn verloren. Aber auch wenn der Frieden für Europa gesichert werden kann, bleibt die Aufgabe, den Krieg aus Versehen, als Ausweitung von Konflikten in andern Teilen der Welt oder aus technischen Fehlern zu verhindern. Das Überleben auf unserem Planeten hängt letztlich von der Lösung so globaler Probleme ab wie der Erhaltung der Biosphäre, der Verhinderung entscheidender, irreparabler Schäden der Natur, der Eindämmung der Bevölkerungsexplosion und damit der Verarmung und Verelendung der Menschen in den noch weniger entwickelten Gebieten. Auch für ein Friedenssicherungssystem muss letztlich Globalität gelten. Interdependenz und gegenseitige Abhängigkeit bestehen ja nicht nur in Europa; sie bestehen weltweit. Gegenseitige Abhängigkeit bedeutet Gemeinsamkeit. Die Waffen, die das einundzwanzigste Jahrhundert zum Schutz des Überlebens auf unserem Globus braucht, sind – so hoffe ich wenigstens – keine Tötungsmaschinen.

Frieden ist mehr als ein dauerhafter Waffenstillstand, ist mehr als Nichtkrieg. Frieden und Sicherheit können folglich nicht allein mit einer Armee garantiert werden. Und es ist zu hoffen, dass eines Tages eine nichtmilitärische Friedenssicherung möglich ist.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss die nichtmilitärische Friedenssicherung schon heute ausgebaut werden.

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz hat im Jahre 1972 ein Leitbild für eine friedensstrategische Sicherheitspolitik unseres Landes verabschiedet. Dieses Leitbild hat seine Gültigkeit bis heute weitgehend behalten. Im Hinblick auf den Parteitag vom 3. Juni und der dort stattfindenden Parolenfassung zur GSoA-Initiative sind aktualisierte Thesen zu einer friedensfähigen Sicherheitspolitik und ein Dreizehnpunkteprogramm zur Friedens- und Sicherheitspolitik ausgearbeitet worden. Es würde den Rahmen dieses Vortrages sprengen, auf alle Punkte einzugehen. Immerhin seien die wichtigsten Punkte kurz genannt. Es wird gefordert, dass der Bund auf internationaler und nationaler Ebene seinen Einsatz für eine aktive Friedenspolitik verstärkt, indem er ein Institut für Friedens- und Konfliktforschung gründet, den Einsatz von Blauhelmtruppen im Auftrag der UNO ernsthaft in Erwägung zieht und die Mittel für eine aktive Friedenspolitik deutlich aufstockt. Die Anstrengungen zur Entwicklung der Dritten Welt sind zu verstärken, während die Rüstungsausgaben real auf den Stand von 1987 eingefroren werden sollen. Der Zivildienst soll vermehrt zu einem Katastrophenschutz umgestaltet werden. Und last but not least: Militärverweigerer sollen nicht mehr mit Gefängnis bestraft werden, sondern die Möglichkeit haben, einen sozialen Zivildienst zu absolvieren.

Ich komme zum Schluss, indem ich mir gestatte, bei der Frage des Zivildienstes wieder auf den Anfang meines Referates zurückzukommen: Etwas vom Wichtigsten, das wir zu verteidigen haben, ist die Freiheit, sind die Menschenrechte. Die Glaubens-, Gewissens- und Gedankenfreiheit sind grundlegende Rechte.

Die Verweigerung eines zivilen Ersatzdienstes verletzt diese Menschenrechte, trägt aber wohl kaum zur Stärkung der militärischen Landesverteidigung bei. Ich würde meinen, dass eher das Gegenteil der Fall ist, indem damit die Voraussetzungen für Unfrieden, Zwietracht und Auflehnung im eigenen Land in Kauf

genommen werden. Zudem verpasst unser Land damit auch die Chance, die Militärdienstverweigerer für die wichtiger werdende Förderung des Friedens mit andern Mitteln sinnvoll einzusetzen. Nachdem heute selbst Ostblockstaaten einen zivilen Ersatzdienst einführen, sollte man eigentlich meinen, dass in dieser

Frage auch in unserem Land in absehbarer Zeit eine Lösung gefunden wird.

Ich hoffe, dass Sie als Bürger eines Landes, das auf seine demokratischen Errungenschaften stolz ist, aber auch als Verantwortliche für eine vorausschauende Sicherheitspolitik sich in diesem Sinn einsetzen.

Die Diskussions- und Streitkultur der SPS auf dem Prüfstand

Mut zur offenen Diskussion

Von Ludi Fuchs

Am 3. Juni 1989 werden wir anlässlich des ausserordentlichen Parteitages in Bern über friedenspolitische Perspektiven der schweizerischen Sozialdemokratie diskutieren. Die Aktualität und Wichtigkeit des Themas scheinen dabei wohl unumstritten. Ganz im Gegensatz zur Frage, ob unser Land militärisch überhaupt noch verteidigt werden kann, die sich mit der Behandlung der Volksinitiative «Für die Abschaffung der Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» stellt.

Unterschiedliche Auffassungen zu Militär und Friedensvorstellungen werden unsere Partei an diesem Junitag nicht das erste und wohl auch nicht das letzte Mal beschäftigen, war doch die Haltung der schweizerischen Arbeiterbewegung im allgemeinen und der SPS im besonderen zur Armee bzw. zur militärischen Landesverteidigung praktisch nie einheitlich. Die diesbezüglich unterschiedlichen Haltungen innerhalb der Partei repräsentierten immer die diversen Selbstverständnisse der Genossinnen und Genossen zum herrschenden Staat, zur geltenden Wirtschafts- und Rechtsordnung sowie die unterschiedlichen Zeithorizonte, in denen sie ihre Politik ansiedelten.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der SPS und der Armee spiegelt besonders augenfällig die innen- und vor allem die aussenpolitischen Entwicklungen. Es ist selten, dass die SPS eigenständig und ohne in erster Linie von aussenpolitischen Einflüssen geprägt zu sein, sich fragte, welche Bedeutung die Armee für die Schweiz nach innen und nach aussen hat.

Vor allem seit den 30er Jahren wurde die Akzeptanz der Armee immer mehr zu einem Symbol für die Integration der SP in die herrschende Gesellschaft und in bestehende Machtverhältnisse. Nicht zuletzt aus diesem Grunde konnte in den letzten Jahren parteiintern nur noch schwer über den Sinn der Armee nachgedacht werden. Die Frage war politisch überlastet; so wurde die Armee auch innerhalb unserer Partei mehr oder weniger zum Tabu.

Auch für den diesjährigen ausserordentlichen Parteitag ist der Auslöser dieser hochaktuellen Perspektivendebatte nicht innerhalb der SPS zu finden. Die «Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik» wurde von einer relativ kleinen parteiunabhängigen Gruppe von friedensbewegten Schweizerinnen und Schweizern lanciert. Chancen,

dass sie überhaupt die erforderliche Unterschriftenzahl zusammenbringen würde, wurden ihr praktisch von keiner Seite eingeräumt. Auch nicht von der SPS. Im Gegenteil. Ein mildes Lächeln für diese Spinnerinnen und Spinner war die Regel, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihrer Idee die grosse Ausnahme. Bis, ja bis das geschah, was sich viele etablierte Politikerinnen und Politiker bis dahin nicht hatten vorstellen können. Dass nämlich eine Gruppe engagierter Menschen ohne Geld und Apparat eine Volksinitiative zustande brachte, die in radikaler Form die Existenzberechtigung derjenigen Institution in Frage stellt, die die längste Zeit als absolut unantastbar gegolten hatte.

Das Zustandekommen dieser Volksinitiative, über die im November dieses Jahres abgestimmt wird, hat auch in unseren Reihen nicht nur eitel Freude ausgelöst. Befürchtungen, dass sich unsere Partei bei der Behandlung dieser Initiative verbeissen, zerreißen, ja sogar spalten könnte, wurden und werden auch heute im Vorfeld des Juni-Parteitages immer wieder geäussert. Ich teile diese Befürchtung nicht. Die Diskussions- und Streitkultur scheint mir in unserer Partei – im Gegensatz zur schweizerischen Polit-